



# Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 364), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE POSTMASTER A. E. BURLESON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Nebr., Montag, den 16. Februar 1920

4 Seiten—No. 290

## Wilson wirft Premiers Knüttel zwischen Beine

### Will nicht dulden, daß die adriatische Frage über den Kopf der Ver. Staaten hinaus erledigt wird; seine Drohung.

### Französische Presse greift ihn dieserhalb an.

New York, 16. Febr.—Unter dem Wilson'schen Plan festzuhalten. Die Meldung über die Wilson'sche Note an die Alliierten, die der Kabinettsrat über Lansing's Entlassung auf dem Fuße folgte, hat in hiesigen politischen Kreisen eine Sensation hervorgerufen. Die ganze Presse sieht in der Resolution Lansing's eine „Entlassung aus dem Amte“ und charakterisiert solche als „antokratistisch und unberechtigt.“ „La Presse“ erklärt: „Nach der Art und Weise, wie Lansing seinen Amte entlassen wurde, kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß bei Wilson die Sucht nach Selbstherrlichkeit erwacht ist.“

Das „Journal des Debats“ glaubt, daß infolge der Krankheit Wilson's der Staatssekretär Lansing's vollständig berechtigt gewesen ist, das Kabinettsrat zusammenzurufen, um wichtige politische Fragen zu erörtern.

„L'Intransigent“ schreibt: „Wilson ist wieder auf der Szene erschienen, indem er in schroffer und brutaler Weise den Staatssekretär Lansing entließ.“ Die Zeitung aber sieht einen Hoffnungsstrahl in Unterstaatssekretär Balfour's, der ein „starker Verteidiger französischer Interessen“ ist.

Ueber die Drohung des Präsidenten, mit europäischen Angelegenheiten nichts mehr zu tun haben zu wollen, falls der Standpunkt der Ver. Staaten in der adriatischen Frage nicht waargenommen wird, gehen die Meinungen auseinander. Das „Journal des Debats“ glaubt, Wilson's Stellungnahme sei ein Schritt in der rechten Richtung. „La Presse“ hingegen bemerkt, daß „in dem Augenblick, wenn das adriatische Problem der Lösung nahe ist, der Präsident Alles über den Haufen werfen will, indem er droht, sich mit europäischen Fragen nicht weiter zu befassen.“

### Vom Friedens-Vertrag „nichts Neues“

Washington, 16. Febr.—Das Ende der Woche fand die Verhandlungen über den Friedensvertrag auf dem alten tötlichen Punkte, und die Meinung der Führer über die Möglichkeit einer Einigung behufs Ratifizierung in den heute beginnenden Hauptverhandlungen sehr geteilt. Nur wenige Republikaner scheinen einer Annahme der vom Vizepräsidenten Hoover vorgeschlagenen Änderungen der Vorbehalte zum Artikel 10 zuzustimmen. Die Führer erklären, daß keine formelle Erwidrerung an Hoover abgegeben sei und vielleicht auch nicht abgegeben würde.

Der einzige Unterschied zwischen dem Vorschlage Hoover's und dem von einigen Tagen von den „milden“ Einmündern vorgebrachten, ist die Einschlebung der Worte „und durch irgendwelche anderen Mittel“, in die Aufzählung der Maßnahmen, welche die Ver. Staaten für den Gebietsumfang anderer Länder zu treffen sich weigern. Von anderer Seite wird vorgeschlagen, diese Worte durch „und durch ihre Hilfsmittel“ zu ersetzen, wobei es wieder unsicher ist, ob die Paraphrasen einen solchen Vorschlag annehmen würden.

### Alliierte werden Dardanellen nehmen

Paris, 16. Febr.—Dem Vorschlag nach hat der Rat der Vorkonferenzen den Sultan in Konstantinopel zu belassen, doch darf die Türkei kein stehendes Heer in Europa unterhalten, auch muß sie die Kontrolle über die Dardanellen entlassen. Wie die Strophe der Dardanellen militärisch kontrolliert werden soll, wird von dem Obersten Rat noch näher bestimmt werden.

### Senat will Aufschluß über Schiffs-Abkommen

Kongressmann Jeffers verdammt den Vertrag zwischen den britischen Schiffen an England.

Washington, 16. Febr.—Eine am Samstag angenommene Senatsresolution erjudt den Präsidenten im Ausnahmefalle, welches Uebereinkommen er mit den britischen Autoritäten über den Verbleib der deutschen Schiffe getroffen habe, die sich in den Händen des Schiffahrtsauskommens befinden. Die Resolution wurde von Senator Brandegee, Conn., eingebracht, der aus zuverlässiger Quelle von der Existenz eines solchen Uebereinkommens erfahren hat, und wurde vom Senat fast ohne Debatte angenommen. Die Resolution fordert den Präsidenten auf, den Senat darüber zu unterrichten, ob und gegebenen Falls welche Uebereinkommen oder Einverständnisse zwischen ihm und Beamten Großbritanniens darüber besteht, welche Verfügungen die Ver. Staaten über die Schiffe treffen würden, welche der Schiffahrtsauskommens zu verkaufen vorschlägt, und welche von den Ver. Staaten nach Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den Ver. Staaten und den Zentralmächten erworben wurden.

In den georgischen Zeitungen vertritt Kongressabgeordneter Jeffers, Nebraska, mit großer Entschiedenheit den Gedanken eines Verkaufes der Schiffe an die Briten. Falls der Präsident oder der Schiffahrtsauskommens die Schiffe verkaufen will, sollte der Verkauf an Amerikaner geschehen, unter der Bedingung, daß die Schiffe die amerikanische Flagge führen. „Sein wahrer Amerikaner“, sagt Jeffers, „kann mit gutem Gewissen Großbritanniern zu einem Monopol des Welt-Seehandels verhelfen. Falls die Freiheit der Meere für Amerika wichtig genug war das Leben seiner Söhne und Millionen in Geld daran zu setzen, sollten wir sicherlich die Meere für den Handel mittels unserer eigenen Handelsflotte ansuchen. Der Verkauf dieser Schiffe an England zu zwei Dritteln ihres Wertes kann die Demoralisation unserer Handelsflotte nur fördern. Die Ver. Staaten sind finanziell besser imstande, die Schiffe zu kaufen, als Großbritannien.“

### Ex-Kaiser Karl sucht Ungarn zu gewinnen

Budapest, 16. Febr.—Zahlreiche Einzelheiten einer Verhandlung kamen am Samstag, nach denen Ex-Kaiser Karl einen vereitelten Versuch unternahm, unter einem falschen Namen in Ungarn Einfluß zu suchen, um den ungarischen Thron zu bestreiten. Nach Dokumenten im Besitz der Regierung sollte er von drei Vertretern unter dem Namen Alphonse Kovacs eingeschmuggelt werden und in Budapest seine Ankunft in der Erwartung verknüpfen, daß ihm seine früheren Unterthanen zufallen würden.

### Polen ist willens Frieden zu schließen

Warschau, 12. Febr. (Verhätel.) Der Premier Ruski hat den Vertretern der sozialistischen und Arbeiterparteien, welche ihm und General Sikorski am Mittwoch ihre Ansichten über den Frieden unterbreiteten, mitgeteilt, daß die Regierung das letzte Angebot der Sowjetregierung ernstlich in Erwägung zieht, und daß Polens Wunsch nach Frieden aufrichtig sei. Sollten die Vorkonferenzen von derselben Aufrichtigkeit besetzt sein, so wäre der Frieden bald zu erwarten. Polens Antwort könne jedoch nicht vor März abgegeben werden, da die Alliierten in verschiedenen Punkten befragt werden müßten. Die Sozialisten und Arbeiter bestanden auf eine sofortige Eröffnung der Friedensverhandlungen. Während der Verhandlungen drohten die Kohlenbergleute mit allgemeinem Ausstand, falls die Aufnahme der Verhandlungen verzögert würde.

### Soviet Armeen an der polnischen Grenze

Warschau, 16. Febr.—Eine gewaltige Anhäufung bolschewistischer Truppen wird von drei Punkten an der russischen Grenze berichtet, und die Nachrichten über die Bewegung dieser Truppen überschatten die Friedensgerüchte, namentlich in militärischen Kreisen.

### Eisenbahn-Streik wird aufgeschoben

Generalkonferenz aller Verbände auf den 23. Febr. nach Washington einberufen.

Detroit, Mich., 16. Febr.—Der auf Dienstag anberaumte Streik der 300,000 Werkstätten- und Streckenarbeiter wurde vom Verbandspräsidenten Barker auf unbestimmte Zeit verschoben. Dies ist eine Folge des vom Präsidenten Wilson angesprochenen Verlangens, alle drohtigen Maßnahmen bis nach der Generalkonferenz der Eisenbahnverbände am 23. Febr. zu verzögern. Die Entscheidung Barker's wird von den in Washington anwesenden Führern der Eisenbahner gebilligt, welche die Ansicht vertreten, daß die Werkstätten- und Streckenarbeiter sich nicht in eine Sonderstellung den anderen Verbänden gegenüber stellen und nichts vornehmen sollten, das den Anschein einer Abkantung des öffentlichen Interesses erwecken könnte.

Washington, 16. Febr.—Die Lohnfrage der Eisenbahner wurde am Samstag einer Generalkonferenz von Komitees der Eisenbahnverbände übertragen, welche am 23. Februar zusammentreten und endgültig entscheiden wird, ob die Forderung nach Lohnerhöhung weiter gegen die Regierung ausgeführt oder auf die binnen Kurzem wieder in die Kontrolle einzusetzenden Privatgeheimnissen übertragen werden soll. Die Vertreter der 14 Verbände, die seit dem 3. Februar mit Generaldirektor Hines konferiert haben, sind vorläufig den Verlangens von Weissen Haus nach Annahme eines Tribunals zur Unterbrechung ihrer Ansprüche nachgegeben. Die Werkstätten- und Streckenarbeiter unterziehen sich dem Vorschlag des Präsidenten, den Streik auf den 17. Febr. angedeutete Streik wurde erst am Samstag abend verschoben, nachdem sich die Delegierten in Washington und der Präsident Wilson telegraphisch an Barker mit dem Ersuchen gewandt hatten, den Streik aufzuschieben. Wilson erklärte in seinem Telegramm seine Ueberzeugung, daß die Verbände „gegen ihre Mitglieder und gegen das Land Unrecht täten, wenn sie in einem Streik beharrten, der ihren Bürgerpflichten direkt zuwiderlaufe.“

### Großbritanniens Handels-Bilanz

London, 14. Febr.—Die Handelsberichte für Januar zeigen, daß Großbritannien seine Einfuhr hauptsächlich aus den Ländern bezieht, die vom Kriege wenig gelitten haben und seine Ausfuhr in die Länder geht, die augenblicklich finanziell schwach gestellt sind. Die Handelsverhältnisse stellen sich für die wichtigsten Länder wie folgt dar:

Land	Einfuhr	Ausfuhr
Ver. Staaten	543,000,000	33,000,000
Australien	11,000,000	26,000,000
Neu-Seeland	52,000,000	9,000,000
Kanada	150,000,000	16,000,000
Frankreich	48,000,000	147,000,000
Italien	14,000,000	27,000,000
Belgien	9,000,000	48,000,000
Deutschland	993,000	14,000,000
Rumänien	2,000	5,000,000

### Kohlen-Barone beschweren sich

Washington, 16. Febr.—Die Kommission zur Beilegung des Kohlenstreiks hat ein Spezialkomitee ernannt, welches die Beschwerden der Kohlenbesitzer der zentralen Kohlenbezirke über den kritischen Zustand der Kohlenindustrie untersuchen soll. Die Eingabe der Kohlenbarone erklärte, daß die Lohnerhöhung von 14 Prozent ohne einen dementsprechenden Aufschlag auf den Kohlenpreisen viele Schaden zur Betriebsunterbrechung zwingen würde.

### Macht Wirtschaft zur Wohnung

New York, 16. Febr.—Die Bundesgerichte werden zu entscheiden haben, ob jemand seine Wirtschaft zu seiner Wohnung machen kann. J. S. Brede von Brooklyn brachte beim Eintritt der Prohibition ein

### Lansing's Rücktritt ist Tagesgespräch

Findet warmen Verteidiger in W. S. Taft; „Unverschämlich“ in ihren Ansichten bestraft.

St. Joseph, Mo., 15. Febr.—Ex-Präsident W. S. Taft erklärte hier, das Volk würde in der Kontroverse zwischen Wilson und Lansing für Lansing Partei nehmen. Er hält Lansing für vollkommen berechtigt, die Kabinettsmitglieder zu einer Konferenz zusammen zu berufen. Solche Konferenzen könne man nicht als Kabinettsstimmungen bezeichnen, laut Taft, und ihre Einberufung bilde seiner Meinung nach keinen Eingriff in die Autorität des Präsidenten im Sinne der Verfassung.

Washington, 16. Febr.—Unterstaatssekretär Balfour, der Gesandte in London, John H. Davis, und der Gesandte in Paris, Hugh C. Wallace, werden unter denen genannt, denen das Aushören des Staatssekretärs nach Lansing's Rücktritt anvertraut werden dürfte.

### Lane tritt auf Lansing's Seite

Washington, 16. Febr.—Der Sekretär des Innern, Lane, dessen Rücktritt am 1. März erfolgt, erklärte, er hielte sich „für ebenso verantwortungsvoll“ für das Zusammenbrechen des Kabinetts als Lansing, der vor der ersten Sitzung telephonisch seine Einwilligung erhalten habe, und „höchstwahrscheinlich ebenfalls die Zustimmung der übrigen Kabinettsmitglieder“ erhielt.

### Was im Kongreß gefagt wird.

Vorsitzender Barker vom Hauskomitee für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, er sei mit des Präsidenten Auslegung der Verfassung nicht einverstanden. Diese enthalte nichts, was das Kabinettsrat an Konferenzen und Besprechungen von Sachangelegenheiten hindern könne. Wenn die Auffassung des Präsidenten richtig sei, wäre eine Besprechung zwischen zwei Kabinettsmitgliedern in Abwesenheit des Präsidenten eine Verfassungsverletzung. Senator Norris drückt sich in starker Weise wie folgt aus: „Die Entlassung Lansing's zeige zweierlei. Erstens, daß der Präsident regierungsunfähig gewesen sei, so daß jemand für ihn die Regierungsgeschäfte versehen mußte, und zweitens, daß der Sachverständige für Geistesstörungen, der im Weissen Hause gebraucht wurde, zu früh entlassen wurde.“ Sogar die Demokraten, welche zugunsten, daß Lansing's Rücktritt wegen der Unfähigkeit zwischen ihm und Wilson einmünderwert gewesen wäre, erklärten die Art und Weise, wie der Präsident ihn erzwingen habe und den Vorwurf der Annahme präsidialer Rechte für „unweise und bedauerlich.“ Senator Borah erklärt, daß weder der Präsident noch Lansing laugnen konnten, daß es Lansing's Unzufriedenheit mit dem Friedensvertrag und seine ausgesprochene Verdamnung desselben sei, die seinen Rücktritt herbeiführten. „Noch nie in der Geschichte sei ein Vertrag so schnell von seinen Verfassern und seinen Beurteilern verurteilt worden wie dieser. Wallcut, Lansing, Clemenceau, Orlando seien aus dem öffentlichen Leben verschwunden, und Lloyd George werde ihnen bald folgen.“

Der republikanische Abgeordnete Nelson, Illinois, reichte im Haus eine Resolution ein, daß das Komitee für auswärtige Angelegenheiten „den Sturm in Leeresel zwischen dem Ex-Staatssekretär und dem Präsidenten der Ver. Staaten“ unterdrücken sollte. Die einzige andere Kritik im Hause über den Rücktritt Lansing's kam von republikanischen Abgeordneten Rogers, Massachusetts, der die Wilson-Lansing Korrespondenz in den „Congressional Record“ eintragen ließ, und dabei von den Demokraten Widerspruch erfuhr. Er sagte, den einzigen Grund, den er Widerpruch sehen könne, sei die Meinung der Demokraten, daß die Briefe „so schimpflich für die Administration wären, daß sie nicht drinsetzten, daß das Land sie sehen sollte.“

Schild an seiner Wirtschaft an mit der Aufschrift: „Privatwohnung von John S. Brede.“ Die Prohibitions-Agenten lezten sich nicht daran und beschlagnahmten in der „Wohnung“ neun Maß Wein und 1,500 Flaschen Whisky, Gin, Champagner und andere Getränke, worauf Brede eine

## Oberster Rat hält am Ultimatum fest

### Beantwortet die Note des Präsidenten Wilson dahin, daß Jugo-Slavien den Bestimmungen der Premiers entsprechen muß.

### Verweisen auf Italien's Opfer an Gut und Blut.

Paris, 16. Feb.—Es verlautet heute, daß die Antwort Frankreichs und Englands auf die Note des Präsidenten, laut welcher sich die Ver. Staaten nicht weiter um europäische Angelegenheiten kümmern würden, falls die Alliierten darauf bestehen, daß die adriatische Streitfrage ohne Amerikas Zustimmung beigelegt werde, erklärt; Großbritannien und Frankreich fühlen sich veranlaßt, die Ultimatumbedingungen, die Jugo-Slavien am 20. Januar zugeworfen sind, auszuführen.

Entweder muß Jugo-Slavien die von Großbritannien und Frankreich offerierte Lösung der Frage annehmen, oder beide Länder werden Italien bei Ausföhrung des Londoner Vertrags unterstützen. In der Antwort werden die von Wilson gegen Italien erhobenen Beschuldigungen in Abrede gestellt; dabei wird hervorgehoben, wie in Italien in den Krieg eintrat und wie große Opfer es an Gut und Blut gebracht hat.

Aus anderen Quellen verlautet, daß die Premiers Lloyd George und Millerand ihren Entschluß, auf dem Ultimatum zu beharren, nicht aufgeben werden.

Die gegenwärtige Krise, die durch Wilson's Note geschaffen worden ist, folgte einer langen Kontroverse über die Beilegung der adriatischen Streitfrage zwischen Jugo-Slavien und Italien. Als Italien auf Seiten der Alliierten in den Krieg eintrat, wurden der italienischen Regierung weitgehende Versprechungen auf Gebietsvergrößerungen am Adriatischen Meer gemacht. Auf der Friedenskonferenz aber bestand Präsident Wilson darauf, daß die Ver. Staaten dieses geheime Abkommen nicht anerkennen

### Demokraten für schnelle Entscheidung

Wollen Artikel 10 zuerst verhandeln, weil ohne dessen Annahme Dardanellen überflüssig sind.

Washington, D. C., 16. Febr.—Demokratische Führer im Senat broten den Vertragskampf zu einer schnellen Entscheidung zu drängen, indem sie verlangen, daß die Vorbehalte zum Artikel 10 bei der Wiederöffnung der Debatte heute nachmittags zuerst in Angriff genommen werden sollen. Die Pläne des republikanischen Führers Lodge mündeten eine Erledigung aller kleineren Uneinigkeiten der Vorkonferenz über den ersten Paragraphen des Artikels 10 erzwingen. Der Demokrat-Führer Hitchcock drückt auf sofortige Beilegung des 10. Artikels aus: „Es erübrigt sich, daß der Senat, wenn er sich über diesen nicht einigen kann, eine Zeit mit Debatten über minder wichtige Punkte zuzugewenden und dann das zuletzt im Vertrag erwähnte müßte.“ Das heutige Senats-Programm sieht die formelle Unterbreitung der vorgeschlagenen Zusätze zum Vertrag und zwei Reden vor, welche von McCormick und Sherman, Illinois, gehalten werden. Zur Abstimmung über Vorbehalte wird es noch in einigen Tagen nicht kommen. Der Senat geht sehr interessiert in den Verhandlungen über die Erklärungen im dritten Kongressionalen Distrikt von Missouri, wo ein demokratischer Anhänger der Vorkonferenz einen republikanischen Gegner derselben besiegte.

### Churchill greift Arbeiterschaft an

Dunee, Schottland, 16. Feb.—Der Kriegssekretär Winston Spencer Churchill erklärte in einer an seine Wähler gehaltenen Rede, daß die Arbeiterschaft zur Regierung der Nation unfähig sei. Dadurch wiederholte er eine schon früher gemachte Behauptung, welche seiner Zeit ein ungeheures Aufsehen in der Presse und einen Sturm des Unwillens unter den Arbeitern erregte.

### Wetterbericht

Für Omaha und Umgegend — Schön und wärmer heute abend und Dienstag. Für Nebraska und Iowa — Allgemein schön und wärmer heute abend und Dienstag.